



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit,
Integration, Kinder und Familie -

Tagesordnung I Punkt 13 der öffentlichen Sitzung am 2. September 2020

Vorlagen-Nr. 20-F-20-0014

Sachstandsbericht zum Antrag 19-F-21-0029 Unterstützungsbedarf für die humanitäre Sprechstunde - Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 26.08.2020 -

Wie der Bericht des Bürgermeisters vom 22.08.2019 gezeigt hat, ist eine Unterstützung der humanitären Sprechstunde wichtig, sinnvoll und vor allem nötig um Menschen ohne Krankenversicherungsschutz den Zugang zu medizinischen Behandlungen nicht zu verwehren. In der Stellungnahme des Dezernats VI wird deshalb angeregt der Empfehlung des Runden Tisches „humanitäre Sprechstunde“ zu folgen und einen „Notfonds“ in Höhe von 50.000 € einzurichten sowie die Schaffungen einer Clearingstelle. Nach Auskunft der Diakonie würden dafür 60.000 € p.a. an Personalkosten benötigt. Diese finanziellen Mittel wurden zwar in die Haushaltplanberatungen eingebracht, allerdings gibt es derzeit keinen genehmigten Haushalt für 2020 und 2021 muss neu beraten werden. Wir sehen es jedoch als unerlässlich an, gerade in dieser speziellen Zeit alles daran zu setzen, auch und besonders denjenigen einen Zugang zur medizinischen Versorgung zu ermöglichen, die ohne Krankenversicherungsschutz dastehen.

Der Ausschuss möge beschließen,

der Magistrat wird gebeten zu berichten

- 1) wie der aktuelle Stand zur Umsetzung der Einrichtung des Notfonds und der Schaffung einer Clearingstelle aussieht.
- 2) falls es bisher zu keiner Umsetzung gekommen ist, die nötigen Schritte zu benennen bzw. zu berichten welche Maßnahmen in Planung sind um den „Notfonds“ einzurichten damit eine medizinische Versorgung von Krankenversicherungslosen gewährleistet werden kann.
- 3) Wie sich die derzeitige Situation (Corona bedingt) auf die medizinische Versorgung von notleidenden Menschen ohne Krankenversicherungsschutz auswirkt.
- 4) Wie im Lockdown die medizinische Versorgung sichergestellt wurde bzw. wo zum Beispiel Obdachlose medizinisch versorgt wurden.

Beschluss Nr. 0091

Der Antrag wird angenommen.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2020

Rutten
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .09.2020

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .09.2020

Dezernat VI
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dezernat II
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Mende
Oberbürgermeister